

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Not und Hilfe ; Der politische Machtkampf ; Sicherungspolitik auf beiden Seiten ; Recht gegen Interessen ; Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus ; Der "dritte Weg" ; Das Kampfgewoge

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138817>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wie wir sind, aber er erkannte auch die göttliche Sendung, die durch nichts von uns genommen werden kann. Er wollte nicht wie andere Christen die Juden bekehren, sondern glaubte, daß im Judentum und im Christentum „Israel“ verwirklicht werden kann und muß. Ein Christentum, das ernstlich in der Nachfolge Christi lebt, und ein Judentum, das ebenso ernsthaft die Lehre seiner Propheten verwirklicht — muß sich im „Israel Gottes“ treffen.

Ueber die Darstellung der Ragazischen Position hinaus gab Buber (zum ersten Male) eine gläubige Deutung des furchtbaren Geschehens unserer Zeit, der Gaskammern und Schlachtbänke dieser dunkelsten Jahre. „Am Schandpfahl der Menschheit stehend, sind wir als der leidende Gottesknecht Zeugen einer unabdingbaren Erwählung — und das Gewissen der Völker. (S. B. C.)

Weltrundschau

Not und Hilfe Es sieht gar nicht öfterlich aus in der Welt. Die Höllen- und Todesmächte, die den Krieg entfesselt haben und durch ihn selbst wieder der letzten Hemmungen ledig geworden sind, sind zwar militärisch niedergeworfen, aber nur, um in anderer Form neuerdings hervorzutreten. Und die aus dem lebensschaffenden Geist geborenen Mächte der Freiheit, des Rechts und der Menschlichkeit sind noch lange nicht stark genug, um denjenigen großen Durchbruch durch die Ordnungen und Traditionen der alten Welt herbeizuführen, von dem wir allein die Aufrichtung der neuen Gerechtigkeit für diese Erde erwarten.

Die Weltnot scheint sogar eher noch zu wachsen. Und zwar sind es jetzt, in der Reihenfolge der apokalyptischen Reiter, insbesondere *Hunger* und *Seuche*, die über die Länder hinziehen, „und es wurde ihnen Macht gegeben über den vierten Teil der Erde, zu töten mit dem Schwert und mit Hunger und mit Pest“. Von allen Seiten kommen die alarmierendsten Berichte. Unabhängige Beobachter stellen fest, daß namentlich die Kindersterblichkeit in Europa ein phantastisches Ausmaß erreicht habe; in Oesterreich soll sie 70 Prozent betragen, in gewissen Teilen Deutschlands noch mehr. In Ungarn werden von den Aerzten 45 Prozent aller Todesfälle auf Hunger zurückgeführt. In Griechenland wütet die Tuberkulose vierzehnmal ärger als in England. In Polen ist nach der Aussage Hoovers die Ernährungslage „verzweifelt schlecht“; jeden Monat sterben etwa 18 000 Menschen an Unterernährung. Wie es in Rußland aussieht, wissen wir überhaupt nicht, können es aber ahnen. Daß in Asien Hunderte von Millionen Menschen dem Hungertod entgegengehen, ist jedenfalls sicher. Aber auch in Westeuropa herrscht weithin Mangel und Not, und sogar im reichen Amerika wird der Riemen enger geschnallt.

Angeichts dieser entsetzlichen Lage wäre die erste, überragende Aufgabe, der sich alle Kräfte zuwenden müßten, die *planmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel über die ganze Welt hin*.^{*} Die gewaltigen Organisationskräfte, die sechs Jahre lang in den Dienst der Massentötung und Kolossalzerstörung gestellt worden sind, müßten nun mit der gleichen wilden Energie für die Rettung der vom Hungertod bedrohten Menschen in aller Welt eingesetzt werden. Darüber hinaus müßte eine internationale *Notorganisation* geschaffen werden, die mindestens das *Wirtschaftsleben Europas* wieder in normalen Gang zu bringen hätte: Kohlenförderung und industrielle Produktion, Landwirtschaft und Verkehr, Rohstoffversorgung und Schiffsraumzuteilung, Währungsweisen und Kreditystem. Daraus könnte, ja würde sich bestimmt irgendeine *weltwirtschaftliche Dauerorganisation* entwickeln, die namentlich für Konjunkturlenkung und Vollbeschäftigung sowie für die planmäßige Erschließung der primitiven Länder und die Hebung des Lebensstandes der farbigen Rassen zu sorgen hätte. Und auf all diesen Veranstaltungen und Einrichtungen würde sich dann ganz natürlicherweise auch eine *politische Weltorganisation* aufbauen, die festen Boden unter den Füßen hätte und von einem bereits tätig bewährten Geist internationaler Solidarität und gegenseitiger Hilfe getragen wäre.

Statt dessen hat man das Roß am Schwanz aufgezümt und noch vor Kriegsende einen internationalen Sicherheitsorganismus errichtet, der nun zwar benützt und ausgebaut werden muß, der aber unvermeidlicherweise mit der ganzen Erbschaft der nationalen und imperialen Machtkämpfe belastet ist und darum der Kritik die bequemsten Angriffsmöglichkeiten bietet. Und weit entfernt davon, aus dem Willen zur planvollen internationalen Zusammenarbeit, der die Alliierten den Sieg über Nazismus und Faschismus gewinnen ließ, auch für den Krieg gegen Hunger und Not Kraft zu ziehen, leidet die UNRRA, das Hilfs- und Wiederaufbauwerk der Vereinten Nationen, selber unter der Krise, in welche die politische Weltorganisation gar nicht unbegreiflicherweise geraten ist. Insbesondere von einer halbwegs gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel auf alle Völker der Welt ist ja gar keine Rede, obwohl Sachverständige versichern, daß bei planmäßiger Bewirtschaftung der Vorräte der Hunger rasch besiegt werden könne.^{**} Die Herzenshärte desjenigen Teiles der Menschheit, dem es noch gut geht — die Schweiz nicht ausgenommen — gegenüber dem anderen, der um sein bares Leben ringt, begründet eine furchtbare Schuld. Möge sie nicht allzu unerbittlich eingetrieben werden!

* Einen Anfang dazu — aber wirklich nur einen Anfang — bildet die jetzt in London tagende „Hungerkonferenz“.

** Dänemark zum Beispiel erstickt fast in seinen Lebensmittelüberschüssen, und aus dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten berichtet ein Korrespondent des „Daily Herald“ (11. März 1946): „Ich fand, daß die Menschen überall eine merkwürdige Gleichgültigkeit gegenüber der Notlage der halben Welt bekunden. Mitten

Der politische Machtkampf Es ist unter solchen Umständen doppelt niederdrückend, daß nicht der gemeinfame Kampf gegen die menschliche Not im Vordergrund des Weltinteresses steht, sondern der gegenseitige Kampf um politische Macht und wirtschaftliche Vorherrschaft. Und wiederum ist es die Auseinandersetzung zwischen der *Sowjetunion* und den *angelsächsischen Reichen*, die in der Berichtszeit die Weltbühne beherrscht hat. Die unerquickliche rednerische Rauferei zwischen Churchill und Stalin, bei der sich der russische Generalissimus in der Form arg vergriffen hat, zum Schaden seiner Sache, die derjenigen des alten englischen Haudegens klar überlegen ist, konnte zwar rasch abgestoppt werden, allein der dahinter stehende angelsächsisch-sowjetrussische Interessengegensatz ist nur umso schärfer ins Licht gerückt worden. Denn wenn auch Churchills Vorschlag eines britisch-amerikanischen Militärbündnisses zu beiden Seiten des Ozeans wenig Anklang gefunden hat, so wird eben seine Grundeinstellung gegenüber der Sowjetunion sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien und seinen Dominien von den weitesten Kreisen doch geteilt. Das hat sich auch bei der weiteren Behandlung der *persischen Frage* vor dem Sicherheitsrat wieder gezeigt.

Die Sowjetregierung ist in dieser Sache insofern deutlich im Unrecht, als sie unter Bruch ihres Abkommens mit Großbritannien und Iran ihre Truppen nicht auf den festgesetzten Zeitpunkt (2. März) zurückgezogen hat und auch sonst allerlei Druckmittel gebraucht, um zur Sicherung und Ergänzung ihrer südkaukasischen Erdölgebiete (die 1918 von Persien aus durch britische Truppen besetzt worden sind, nachdem schon 1917 die Türken sie vorübergehend erobert hatten!) die persischen Grenzprovinzen unter ihren Einfluß zu bringen. Aber das Entrüstungsgeschrei, das sich weitherum in der Welt gegenüber dem russischen Verhalten erhoben hat, und insbesondere die angelsächsischen Predigten über internationale Moral, tönen doch wirklich nicht sehr echt. Recht und Interesse, Grundsatz und Opportunität vermengen sich in der persischen Angelegenheit andauernd so widerwärtig, daß der Schreiber in das übliche Verdammungsurteil gegenüber der Sowjetunion nicht mit gutem Gewissen einzustimmen vermöchte. Dies umso weniger, als die Sowjetunion, die schon vorher durch ihren Entschluß zur freilich ebenfalls verspäteten Räumung der *Mandschurei* guten Willen gezeigt hatte, unter dem Druck der Weltmeinung ihre Truppen auch aus Nordpersien wegzunehmen begonnen und damit einen moralischen Rückzug eingeleitet hat, der auch durch die in solchen Fällen üblichen diplomatischen Manöver nicht verschleiert werden

im Überfluß lebend, nach vier aufeinanderfolgenden Großernten und mit der Aussicht auf eine neue überdurchschnittliche Ernte in diesem Jahr, kann sich der Mittelwesten Mangel anderswo überhaupt nicht vorstellen.“ Und als der Journalist einem Farmer gegenüber von einem Aufruf zur Hilfe für die Hungergebiete spricht, bekommt er die bezeichnende Antwort: „Tun Sie das nur, und Sie werden sehen, daß das Getreide in den Silos verschwindet.“

kann. Weitere Demütigungen hätten ihr füglich erspart werden dürfen, ohne daß deshalb der Sicherheitsrat fachlich hätte zurückzuweichen brauchen. Jedenfalls erscheinen weder die Vereinigten Staaten, die in Sachen friedliche und unfriedliche Durchdringung anderer Länder eine bemerkenswerte Erfahrung haben, noch Großbritannien, das sich in der Vergangenheit nie übermäßig um Persiens nationale Souveränität gekümmert hat, wenn es um seine eigene Reichsicherheit und um seine wirtschaftlichen Interessen ging, sonderlich ausgewiesen, um sich zu Vorkämpfen des Völkerrechts und der Unabhängigkeit schwächerer Nationen aufzuwerfen. Dafür bedürfte es schon anderer Rechtstitel.

Der Streit um Nordpersien liegt zur Stunde, da wir schreiben, immer noch vor dem Sicherheitsrat. In einer Welt der internationalen Anarchie, der gegenüber sich eine konsequente Völkerrechtsordnung erst mühsam bilden muß, ist seine Lösung vorerst kaum anders zu erwarten als auf dem Weg eines *par définition* unbefriedigenden *Kompromisses*.* Das wird natürlich neuen Anlaß geben, die Maschinerie der Vereinten Nationen zu bemängeln. Allein wir halten es da mit Sumner Welles, dem früheren amerikanischen Unterstaatssekretär des Auswärtigen, der in „Readers Digest“ schreibt:

Keine Regierung und wenige Einzelpersonen werden die Satzung der Vereinten Nationen als zufriedenstellend ansehen. Die große Mehrheit hegt jedoch die feste Hoffnung, daß, wenn der Frieden während den ersten Übergangsjahren nach dem Krieg erhalten werden kann, die Satzung der Vereinten Nationen fortschreitend verbessert werden kann, sodaß die Organisation der Vereinten Nationen einer föderativen Weltregierung näherkommen und ein echtes Werkzeug internationaler Demokratie werden kann... Wenn die Völker der Welt heute die Organisation der Vereinten Nationen preisgäben, würden sie ein hoffnungsloses Chaos dafür bekommen. Denn aus Chaos steigt kein neues Vertrauen auf.“

Zur Schaffung einer Atmosphäre, in der eine internationale Rechtsordnung gedeihen kann, haben aber *sämtliche* Staaten beizutragen, auch die kleinen, und von den großen nicht nur diejenigen, deren Verhalten gerade jetzt den meisten Anstoß erregt!

* Einen solchen empfiehlt beispielsweise auch der Londoner „Economist“, der in weiser Selbsterkenntnis vielsagend meint: „Wenn das wirkliche Ziel Rußlands das Petrol ist, und nur das Petrol, und *wenn Rußland im Norden Irans nichts anderes will, als England im Süden besitzt*, dann ist es am besten, seine Forderungen zu unterstützen, indem man ihm jede legitime Hilfe zuteil werden läßt... Die Unterbreitung eines solchen Vorschlags im Kreml würde den Weg zu einer Lösung der iranischen Frage ebnen.“

Nachtrag. Inzwischen ist der erwartete Kompromiß wirklich zustande gekommen. Die Sowjetunion zieht ihre Truppen vollständig und endgültig zurück, Persien gibt Rußland eine Petrolkonzession, und der Sicherheitsrat wartet ab, was weiter geschieht. So haben alle Beteiligten das Gesicht gewahrt; die Notwendigkeit einer Neuordnung der Verhältnisse in Vorderasien auf dem Boden des Völkerrechts und einer solidarischen Planwirtschaft wird nun aber erst recht klar. (5. April.)

Sicherungspolitik auf beiden Seiten Es ist auf alle Fälle eine arge Heuchelei, einseitig die Sowjetunion und ihre angeblich sonst ganz außer Gebrauch gekommenen „Faustrechtmethoden“ für den herrschenden mißlichen Weltzustand verantwortlich zu machen. Die russische Politik hat gewiß Wesentliches zur Herausbildung der gegenwärtigen Lage und zur Entstehung einer sowjetfeindlichen Weltfront beigetragen; die moralische Stellung der Sowjetunion war beim Kriegsende so glänzend, daß eine großherzige Haltung von ihrer Seite die ihr überreichlich zufließenden Sympathien hätte für den Völkerfrieden aufs fruchtbarste nutzbar machen können. Wenn nun die Sowjetunion statt dessen, ungefähr von der Potsdamer Konferenz an, in ihren alten Fehler zurückgefallen ist, die ganze übrige Welt als „eine reaktionäre Masse“ anzusehen — jenen Fehler, der sie 1939 zur Auspielung Nazideutschlands gegen die vermeintlich genau so gefährlichen Westmächte veranlaßt hatte —, so haben aber daran die kapitalistischen Demokratien ebenfalls nicht wenig Schuld. Die Ablehnung einer amerikanischen Wiederaufbauanleihe an Rußland; der Ausschluß der Sowjetunion von der Kenntnis des Atombombengeheimnisses (die Amerikaner sollen bereits 1200 Atombomben auf Lager haben und drohen damit den Russen recht ungeniert, nicht zuletzt auch indem sie und ihre Freunde mit dem Gedanken eines Angriffes auf die großen sibirischen Rüstungszentren von Kanada über den Nordpol hin spielen); die eigenmächtige, Rußland ausschließende Politik der Vereinigten Staaten in Japan und China; die unnötige und nur die reaktionären Kräfte begünstigende Einmischung Großbritanniens und Amerikas in die balkanischen und italienischen Angelegenheiten; der zähe angelsächsische Widerstand gegen jede wirksame Aktion zum Sturz der spanischen Diktatur, und zuletzt die unglückselige Attacke Churchills auf den Weltbolschewismus — all das hat die russische Furcht vor einem „unvermeidlichen“ Endkampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus aufs neue belebt.

Die angelsächsischen Mächte betreiben eben selbst jene nationale und imperiale Sicherheitspolitik, die sie den Russen zum Vorwurf machen. England hat seine Truppen in allen Weltteilen stehen und entfaltet überall seine militärische Macht, wo es seine Reichsinteressen zu erfordern scheinen; es hat seit mindestens 150 Jahren von Gibraltar über das Kap und Suez bis Singapur und Weihaiwei ein ganzes System von Stützpunkten angelegt und ganze Länder — Aegypten, Palästina, Irak, Südperien, Afghanistan, Malakka usw. — unter seine Botmäßigkeit gebracht, um die lebenswichtigen Verbindungslinien seines Reiches zu sichern. Die nordamerikanische Union aber hat nicht nur in Mittel- und Südamerika eine Politik wirtschaftlicher Beeinflussung und auch militärischer Beherrschung (Panama!) verfolgt, sondern sich auch im pazifischen und ostasiatischen Raum auf breiter Front festgesetzt, nicht zu reden von ihren Plänen für die Schaffung des „größten

Flughafens der Welt“ in Dharan am Persischen Meerbusen und vom Ausbau des Seehafens von Massaua im bisher italienischen Erythräa zum Flottenstützpunkt der Vereinigten Staaten. Und bei all dem handelt es sich nicht nur, wie bei der Sowjetunion, um mehr oder weniger geopolitisch bestimmte Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, sondern größtenteils auch um *echten Imperialismus*, um jene klassische Ausdehnungspolitik mit militärischen Machtmitteln, die Lenin als die „letzte Phase des Kapitalismus“ bezeichnet hat. Kann man da allzu sehr erstaunt sein, daß den Russen die moralischen Lektionen, die ihnen ihre Verbündeten erteilen, nicht sonderlich imponieren? Der Unterschied zwischen Russen und Angelsachsen besteht auf diesem Feld nur darin, daß die Sowjetunion eine ganz *junge* Großmacht ist, die sich — gewiß nicht einfach grundlos — vor einer neuen Bedrohung ihrer Existenz fürchtet und die ihre Sicherungsmaßnahmen erst *nach* der Schaffung der Vereinten Nationen ergriffen hat, also auf Grund der Satzungen der neuen Weltorganisation — die das Monopol der Friedenssicherung beansprucht — wegen Eigenmächtigkeit verurteilt werden muß, während England und Amerika *ältere* Großmächte sind, die nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können, weil ihre imperialistischen Taten eben meistens *vor* der Ära der Vereinten Nationen geschehen sind. Aber grundsätzlich ist der Geist, in dem Engländer und Amerikaner einerseits, Russen andererseits ihre Reichsexistenz zu sichern suchen, kaum sehr verschieden, und das Schlimme ist vor allem dies, daß die russischen Sicherungsmaßnahmen von den Westmächten (und der übrigen kapitalistischen Welt) ihrerseits als Herausforderung empfunden und entsprechend beantwortet werden, was der Sowjetunion neuen Anlaß gibt, sich selbst wieder bedroht zu fühlen — kurz, es ist der bekannte Fehlerkreis, in den die nationale Machtpolitik von jeher hineingeraten ist und der doch einmal durchstoßen werden *muß*, soll das alles nicht abermals ein Ende mit Schrecken nehmen.

Recht gegen Interessen Das heißt aber, daß einer der beiden Hauptpartner anfangen muß, unbekümmert um die Reaktion des anderen folgerichtig den Weg der *solidarischen* Friedenssicherung zu gehen. Die Politik der britischen Labourregierung zielt denn auch unverkennbar auf eine solche Wendung ab, und sie findet dabei die Unterstützung insbesondere auch der liberalen Bevölkerungskreise, die trotz der Wahlniederlage der Liberalen Partei im geistigen und politischen Leben Großbritanniens noch viel bedeuten. So hat erst letzthin der „Economist“ eine drastische Verminderung der britischen Besatzungstruppen in Europa, Asien und Afrika vorgeschlagen, in der Hoffnung, das gute Beispiel werde auch bei Rußland und Amerika seine Wirkung tun. Allein grundsätzlich will das einflußreiche liberale Organ die strategischen Sicherungen des Britischen Rei-

ches keineswegs preisgegeben wissen, sie vielmehr überall dort aufrecht-erhalten, wo es immer noch „notwendig“ sei, und auch die Labour-regierung, die eben die in vier Jahrhunderten Empirebau entstandene außenpolitische Hypothek nicht leichthin abschütteln kann, kommt vorerst über einen „gemäßigten Imperialismus“ nicht hinaus, in diesem Punkt von der erdrückenden Mehrheit der Labourfraktion rückhaltlos unterstützt, wie der Sieg Bevins über die von ihm kurzerhand als „kommunistisch“ erklärte Opposition in den eigenen Reihen zeigt.* Und dennoch wird der britischen Politik der klare Kurswechsel auf die Länge nicht erspart bleiben, ja er muß gerade von ihr, auf Grund der ganzen Vergangenheit Englands, am ehesten erwartet werden. Die Londoner „Peace News“ haben wohl recht, wenn sie feststellen:

„Bevin, der die ganze Nation hinter sich hat, wenn er seine moralische Bestürzung über Rußlands Benehmen ausdrückt, verfällt dann doch wieder in eine logisch inkonsequente Verteidigung britischer ‚Interessen‘, wo und was sie immer sein mögen. Auch er scheint nicht erfassen zu können, daß Großbritannien heute keine eigenen ‚Interessen‘ mehr vertreten kann, ohne eine Katastrophe herbeizuführen. England kann nur *ein* wirkliches Interesse haben, das sich nicht wider es selber kehrt: die *Weltgerechtigkeit*. Dieses Auseinanderklaffen der neuen, wahren Interessen Englands und der alten, falschen ‚Interessen‘ ist es, was den tragischen Widerspruch erzeugt, daß Großbritannien am Ende eines Friedensjahres immer noch zwei Millionen Männer und Frauen unter den Waffen haben muß.“

Es ist das Verdienst der Russen mit ihrem ausgeprägten, uns so oft bestürzenden Sinn für rücksichtslose Konsequenz, daß sie der Welt diese Lage klargemacht und sie vor die Entscheidung gestellt haben: entweder nationale Interessen- und Sicherheitspolitik auf *beiden* Seiten oder Uebergang zu einer folgerichtigen Politik internationalistischer Friedenswahrung ebenfalls in beiden Lagern. Im Namen der Satzung der Vereinten Nationen nur der Sowjetunion jede eigenmächtige Existenzsicherung zu verbieten, die Sicherungspolitik der angelsächsischen Reiche aber im Namen wohlervorbener imperialistischer Rechte unbeanstandet zu lassen — das geht nun einfach nicht mehr. Und tatsächlich ist ja die Entscheidung schon längst gefallen. Landesverteidigung ist endgültig zur *internationalen* Angelegenheit geworden — daran ändert kein Widerstreben nationaler Gefühle und materieller Interessen mehr etwas. Felix Gouin, der französische Regierungschef, hat es jedenfalls erkannt, als er in seiner Straßburger Rede ausrief:

* „Auch die Rechtspresse verschließt sich der Bedeutung dieser vernichtenden Niederlage der Camarilla (!) innerhalb der Labourpartei nicht. Das Ereignis wird im Lager der Rechten als ein Sieg der offiziellen Außenpolitik bewertet, in der die ganze Nation einig ist.“ So meldet bezeichnenderweise die „Neue Zürcher Zeitung“ aus London.

„Die Kriege von 1914 und 1939 haben die lange verkannte Wahrheit an den Tag gebracht, daß die französische Sicherheit nicht mehr nur eine Sache Frankreichs ist, sondern eine Sache aller Völker der Welt... Wir wollen morgen wie heute für den Frieden arbeiten, durch gegenseitige Hilfe unter den Nationen, durch ausdauernde Bemühungen, wobei der kollektiven Sicherheit der erste Platz vor den rein nationalen Verteidigungskräften gegeben werden soll.“

Und in „Esprit“ bemerkt Jean Gouvain sehr wahr:

„Wenn zwei Menschen keinen anderen Imperativ gelten lassen als den Selbsterhaltungstrieb, leben sie unter dem Gesetz des Dschungels. Die heutigen Nationen stehen alle auf diesem Standpunkt. Was sie Politik heißen, ist nur Strategie. Die ‚Verstärkung des militärischen Potentials‘, wie man in Moskau sagt, die ‚Garantien der Atombombe‘ auf der anderen Seite bedeuten nur verschärftes Wettrüsten.“

Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus Hinter der Friedensfrage steht aber — das muß erneut mit Nachdruck betont werden — immer auch das andere große Problem unserer Zeit: die *soziale* Frage. Und wiederum ist es die Sowjetunion, die uns mit der größten Wucht auf diesen Zusammenhang stößt. In einem doppelten Sinn: einmal indem sie uns mit Recht ständig an die explosiven Kriegskräfte mahnt, die im Kapitalismus stecken, und sodann indem sie zu Unrecht den Anspruch erhebt, nur der Weltkommunismus könne den Weltkapitalismus überwinden.

Es ist allgemein aufgefallen, daß sich die politische Offensive Rußlands während der letzten Monate fast ausschließlich gegen *England* richtete und Amerika ziemlich auf der Seite ließ, obgleich heute die Vereinigten Staaten die kapitalistische Vormacht sind und offenkundig am Anfang einer neuen, durch das Bedürfnis nach stärkstem Waren- und Kapitalexport hervorgerufenen imperialistischen Ausdehnungspolitik stehen. Ihr Vorgehen in Japan, Korea usw. erklärt sich daraus zu einem erheblichen Teil. Der Grund für Rußlands Haltung ist un schwer zu erkennen: Großbritannien ist die schwächere der beiden angelfächsischen Mächte, und der von der Labourregierung vertretene demokratische Sozialismus erscheint ihr als gefährlichster Konkurrent des autoritären Kommunismus, ja als maskierter Verbündeter des Kapitalismus selbst. Daß Großbritannien als schwächstes der drei Weltreiche zwischen Amerika und Rußland drin in eine schwierige Lage geraten ist, wird in England immer offener anerkannt. Und Churchills Vorschlag eines engen britisch-amerikanischen Militärbündnisses läuft ja auf nichts anderes hinaus als darauf, daß England als Juniorpartner in den groß-angelfächsischen Konzern eintreten solle, um sich durch diese — für den britischen Nationalstolz allerdings wenig schmeichelhafte — Teilhaberschaft gegenüber der Konkurrenz des Sowjetblockes zu behaupten. Eine derartige Bindung an den amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus wäre natürlich das Ende eines sozialistischen England, und die Labourregierung wird sich, trotz den „Realisten“ in ihrem Lager, wohl hüten, sich auf diesen selbst-

mörderischen Weg zu begeben. Was aber dann? Ein Anschluß an den Sowjetblock kommt für England ebensowenig in Frage wie ein solcher an Amerika; er bedeutete ja nur Kapitulation nach der anderen Seite hin: die Kapitulation der sozialistischen Demokratie vor der kommunistischen Diktatur. Also Beschreiten eines *dritten* Weges — eben des Weges zum freiheitlichen Sozialismus mit freundlich-unabhängiger Haltung gegenüber der Sowjetunion und unfreundlich-abweisender Haltung gegenüber dem Parteikommunismus, dessen erneuter Versuch, in das Gefüge der Labourpartei einzudringen, kürzlich von deren Leitung mit ausgefuchter Schärfe abgelehnt wurde?

Auf diese naheliegende Frage ist grundsätzlich schnell Ja gesagt; die Schwierigkeiten zeigen sich erst in der Praxis.

Die westliche Sozialdemokratie ist, wie wir wissen, allzusehr geneigt, im Kommunismus nichts anderes als ein System organisierter Gewalttätigkeit und zynischer Verleugnung aller Menschenrechte zu sehen. Zum mindesten erklärt sie die kommunistische Bewegung *außerhalb* der Sowjetunion als gänzlich überflüssig, ja verderblich; der Sozialismus sei bei *ihr* — der Sozialdemokratie — am besten aufgehoben. Und doch ist die Diktatur heute weniger als je das maßgebende Element im Kommunismus; der Kommunismus ist vielmehr in erster Linie die Verkörperung des Willens zur sozialen *Revolution*, vor der die Sozialdemokratie nur zu leicht zurückschreckt, und die Diktatur ist für den Kommunismus vor allen Dingen ein Mittel zur Erreichung des revolutionären Zweckes, ein Mittel freilich, das — einem bekannten Gesetz folgend — immer die Neigung in sich trägt, Selbstzweck und Dauereinrichtung zu werden. Für das Bewußtsein der Massen, die dem Kommunismus anhängen, insbesondere in den „Ländern ohne Demokratie“, aber auch in den kapitalistischen Demokratien, steht jedenfalls sein revolutionärer Charakter durchaus im Vordergrund. Hier sehen sie einen bergeverletzenden Glauben am Werk; hier tritt ihnen am deutlichsten jene gewaltige Geschichtskraft entgegen, die eine radikale, das heißt an die Wurzeln gehende Neugestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeiführen soll. Das gibt dem Kommunismus überall seine hinreißende Kraft; darin liegt sein für jedes offene Auge unverkennbares großes Recht.

Daß den Zeitgenossen an einer Erscheinung wie derjenigen des Kommunismus vor allem ihre graufamen, brutalen Züge ins Auge stechen, ist ja weiter nichts Neues; das war so auch bei der Französischen Revolution. Erinnern wir uns auch daran, was Professor Tawney in seinem klassischen Buch über „Religion und Frühkapitalismus“* vom Calvinismus sagt: es sei vielleicht nicht ganz abwegig, wenn man behaupte, „daß Calvin, in kleinerem Rahmen, aber mit ebenso furchtbaren Waffen, für die Bourgeoisie im 16. Jahrhundert

* Jetzt auch deutsch erschienen (bei Francke in Bern).

das gleiche geleistet habe, was Marx für das Proletariat im 19.“ Und wiederum: „Im Kampf zwischen Freiheit und Autorität opferte der Calvinismus die Freiheit, nicht etwa widerwillig, sondern mit Begeisterung . . . Dem überzeugten Calvinisten erschien die Diktatur der Geistlichkeit ebenso selbstverständlich wie der Wohlfahrtsausschuß den Männern von 1793 oder die Diktatur des Proletariats dem begeisterten Bolschewiken.“

Mögen also die Verteidiger der herrschenden Ordnungen im Kommunismus einfach das Schreckhafte, Unheimliche, Unmenschliche sehen — wir anderen können an *diesen* Aeüßerungen seines Wesens nicht hängen bleiben. Und insbesondere vom westlichen Sozialismus dürfte man eigentlich erwarten, daß er über dem Diktaturcharakter des Kommunismus dessen revolutionäre Sendung nicht allzusehr vergesse.

Der «dritte Weg» Und hier beginnen nun eben jene Schwierigkeiten des „dritten Weges“, von denen ich vorhin gesprochen habe. Die Frage ist ganz einfach die: Bringt der demokratische Sozialismus den gleichen, nein, einen stärkeren, weil tiefer begründeten Glauben an die Notwendigkeit der sozialen Umwälzung auf, als ihn die Kommunisten bekunden? Setzt er hinter diesen Glauben den gleich entschlossenen Willen zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, der die Kommunisten vorwärts treibt? Ist auch er von der unbedingten Gewißheit beseelt, daß die Zeit für den Anbruch der neuen Geschichtsperiode nunmehr wirklich erfüllet ist? Lassen wir es uns wohl gesagt sein: Der Kampf in Westeuropa (und Amerika) geht bereits nicht mehr zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern nur noch zwischen Sozialismus und Kommunismus. Das heißt: Der Kapitalismus ist endgültig gerichtet; das Urteil über ihn *wird* vollstreckt werden. Die Frage ist nur: von wem? Wird der demokratische Sozialismus die Kraft entwickeln, ihn zu überwinden, bevor er neues, schwerstes Unheil — Wirtschaftskatastrophen, Faschismus, Krieg — über die Völker ausschüttet? Oder braucht es dazu auch im Westen den Kommunismus? Das eine steht fest: Wenn die fällige soziale Umwälzung nicht auf demokratischem Wege kommt, dann kommt sie eben auf dem Wege der Diktatur. Aber kommen wird sie auf alle Fälle. Und wenn der demokratische Sozialismus bei ihrer Vorbereitung und Durchführung versagt, dann hat er nicht das mindeste Recht, den Kommunismus anzuklagen, daß er sie eben auf *seine* Art macht.

Wir haben gegen Geist und Methoden des Kommunismus wahrhaftig Entscheidendes vorzubringen. Da wir aber nicht in seinem Lager stehen, können wir ihm gegenüber nur Wünsche und Forderungen erheben — namentlich auch *die* Forderung, daß er sich zur Gleichachtung des westlichen Sozialismus durchringe und ihn nicht einfach als stillen Teilhaber des Kapitalismus behandle. Dem demokratischen Sozialismus nahestehend oder uns fogar ausdrücklich zu ihm bekennend, vermögen

wir hingegen auch zu *wirken* und mitzuhelfen, daß er über einen engen Parteifozialdemokratismus hinauswache in einen im besten Sinne radikalen Volkssozialismus hinein. Eine große Verantwortung liegt da insbesondere auf den *britischen* Sozialisten; denn von ihrer Haltung hängt es in erster Linie ab, ob jene Abkehr von Kapitalismus und Imperialismus, jener Durchbruch zu Völkerrecht und solidarischer Friedenswahrung erfolgt, die allein den Völkern der Sowjetunion Vertrauen abnötigen können. Noch größer aber ist die Verantwortung der „*religiösen*“ Sozialisten der westlichen Länder; denn wenn in irgend jemandem, so muß in *ihnen* der weltverändernde, Grabesgrüfte sprengende Glaube leben, auf den es jetzt ankommt, und für den der mehr naturhafte und darum sich selbst begrenzende, ja in schwere Verirrung führende Glaube der Kommunisten doch nur ein unzulänglicher Ersatz ist. Um uns der vielgebrauchten Formel — die mehr als eine Formel ist — auch hier zu bedienen: der verweltlichte und verkümmerte Messianismus der modernen sozialen Bewegung muß zum Messias selbst hindurchfinden und durch ihn zur vollen Höhe seiner Sendung emporgehoben werden. Könnten wir uns eine großartigere, aber freilich auch verantwortungsvollere Aufgabe denken, als im Maß unserer Kräfte hierbei mitzuhelfen?

Das Kampfgewoge Nach dieser, wie mir scheint notwendigen, Selbstbesinnung, bleibt uns nur mehr ganz wenig Raum, um auch noch die übrigen Weltereignisse der vergangenen Wochen zu würdigen. Es soll dies — wieder nur ganz andeutungsweise — gerade unter dem Gesichtspunkte des Kampfes zwischen Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus geschehen.

Auf dem amerikanischen Kontinent ist weitaus das wichtigste Ereignis der nun feststehende und ganz überraschend massive Sieg des Obersten Perón im Ringen um die Präsidentschaft in *Argentinien*. Es ist der erste Durchbruch eines Neufaschismus, wie er sich auch in einer ganzen Reihe anderer Länder erhebt; bei der Bedeutung Argentiniens für das übrige Lateinamerika, ja für die ganze iberisch-italienische Welt, können sich daraus weittragende Folgen ergeben. Daß hier auf „demokratischem“ Weg, mit Hilfe einer schamlosen Sozialdemagogie und unter geschickter Ausnützung des gegen die Vereinigten Staaten erregten argentinischen Nationalgefühls — also mit den beiden Hauptkräften, die auch Hitler und seinen Nationalsozialismus zur Macht geführt haben —, eine Diktatur begründet worden ist, ist der groteske Widersinn des ganzen Vorgangs; man erkennt aufs neue, daß die moderne Zivilisation wohl *Massen* zu produzieren, aber kein wirkliches *Volk* zu schaffen vermag.

In dem Argentinien so verwandten *Spanien* — um den Sprung über den Ozean zu machen — hält sich zum schweren Aergernis der freiheitlichen Welt die Diktatur weiterhin, und ein bitteres Scherzwort

befagt schon, daß sich in Spanien allein Franco der vier Freiheiten der Atlantik-Charta erfreue, insbesondere der Freiheit von Furcht. Wir gestehen im übrigen, daß uns die hartnäckige englisch-amerikanische Nichtintervention gegenüber Spanien viel verwerflicher erscheint als alle Intervention der Russen in Persien.

In *Frankreich* harrt die mühsam ausgearbeitete, mit einer neuen Erklärung der Menschenrechte ausgestattete Verfassung der Vierten Republik der Schlußabstimmung in der Konstituante. Ihr Schicksal in der Volksabstimmung, die auf den 5. Mai angesetzt ist, ist noch recht ungewiß. Ebenso wenig sicher ist, ob sich die Regierung Gouin bis zu den Wahlen vom 2. Juni zu behaupten vermag. Alles hängt in Frankreich noch in der Schwebe, auch der Fortgang der Sozialisierung, die immerhin durch die Nationalisierung der Elektrizitäts- und Gasindustrie und durch eine Vorlage über die Nationalisierung des Bankwesens weiter gefördert wird.

Belgien hat nach den so wenig eindeutig ausgefallenen Wahlen endlich eine Regierung bekommen, die — wieder unter dem Vorsitz des Sozialisten van Acker — einige Aussicht auf Handlungsfähigkeit hat. Dies freilich nur darum, weil sie von vornherein auf radikale Reformen verzichtet und dem bürgerlich-liberalen Element einen unverhältnismäßig starken Einfluß eingeräumt hat. Die Frage drängt sich dabei auf, ob in revolutionären Zeiten das Proportionalwahlrecht nicht aufgehoben werden muß; die „stille Revolution“, die jetzt in England vor sich geht, wäre jedenfalls unmöglich, wenn die Labourpartei im Unterhaus nur ihrer tatsächlichen Stärke in der Wählerschaft gemäß (also mit 48 Prozent aller Sitze) vertreten wäre.

In *England* haben die Graffchaftsratswahlen die Stellung der Labourpartei inzwischen noch weiter verstärkt; mehr als die Hälfte der britischen Bevölkerung — 25 von 49 Millionen — lebt in Gebieten, deren größere Selbstverwaltungskörperschaften von Labour beherrscht sind. Auf nationalem Boden geht es jetzt, außer der radikalen Umgestaltung der Gesundheitspflege, die zum öffentlichen Dienst erhoben wird, an die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie. Die Hauptforge der Regierung gilt aber gegenwärtig der Steigerung der industriellen Gesamtproduktion; sie sieht sich hier also einem ähnlichen Problem gegenüber wie die Regierung der *Sowjetunion*, die mit ihrem neuen Fünfjahresplan den Grund für die ganze Wirtschaftsentwicklung der ersten Friedenszeit zu legen sucht.

In *Italien* haben die etappenweise durchgeführten Gemeindewahlen, entgegen den ersten bekannt gewordenen Ergebnissen, den Sozialisten und Kommunisten in den größeren Städten und überhaupt in den volkreichen Gebieten stärkste Erfolge gebracht, bezeichnenderweise unter besonders wirksamer Mithilfe der Frauen, die zum ersten Mal stimmen konnten. Auf dem Land behauptet sich im allgemeinen die katholische Partei gut, während die faschistisch schillernde Partei des

Uomo qualunque, von der auch in der Schweizerpresse ein solches Wesen gemacht wurde, fast völlig leer ausgegangen ist. Immerhin ein gutes Zeichen!

Die Wahlen in *Griechenland*, deren vorzeitige Durchführung trotz allem Abraten Bevin durchgesteuert hat, geben wegen der Enthaltung der Linken nur ein verfälschtes Bild der Volksmeinung. Die Monarchisten, die jetzt, mit einigen Zuzüglern, ans Ruder gekommen sind, werden das gequälte Land bestimmt nicht aus der Krise herausführen, und England steht jetzt erst recht als Begünstiger der Gegenrevolution da.

Das *deutsche* Chaos nimmt eher zu als ab. Die Ernährungslage verschlechtert sich zusehends auch in den bisher noch am besten gestellten Gebieten. Die Flüchtlingsnot ist unbeschreiblich. Die wirtschaftliche Zerrüttung weicht nur langsam einer gewissen geordneten Tätigkeit, am meisten in der russischen Zone, wo nicht nur die Landreform 280 000 Bauernfamilien mit Boden versorgt hat, der bisher 7700 Großgrundbesitzern gehörte, sondern auch Industrie, Handel und Verkehr wieder in Gang kommen — in dem Maße nämlich, als die Deutschen sich in das politische System der Sowjetunion einfügen. Wo das nicht „freiwillig“ geschieht, wird eben Zwang angewandt, ja sogar unverhüllte Gewalt, wie teilweise gegenüber den Sozialdemokraten, die sich einem Aufgehen ihrer Partei in der kommunistischen Einheitsorganisation widersetzen. Wie die Stimmung bei den Sozialdemokraten tatsächlich ist, zeigt die mit über Vierfünftelmehrheit beschlossene Ablehnung der Parteiverschmelzung in der nichtrussischen Berliner Zone. Inzwischen ist der endlose Nürnberger Prozeß wenigstens einmal bis zur Abhörnung der Hauptangeklagten gediehen. Die meisten dieser ordensgeschmückten Helden machen eine miserable Figur; insbesondere, daß sie alle miteinander keine „typischen“ Nazi gewesen sein wollen und die Schuld nach Möglichkeit auf den toten „Führer“ schieben, ja von den Kolossalverbrechen ihres Regimes teilweise überhaupt nichts gewußt zu haben erklären, wirft ein bezeichnendes Licht auf diese obersten Vertreter der auserwählten Herrenrasse.

Auch in *Ungarn* befestigen die Russen, gestützt auf die Rote Armee, ihren Einfluß planmäßig. Die jüngste Radikalisierung der Regierungspolitik, deren Hauptträgerin, die Partei der kleinen Landwirte, bisher eher nach rechts zog, ist kaum ohne wirksame Nachhilfe von russischer Seite zustande gekommen. Und Sozialdemokraten wie Gewerkschaften erliegen erst recht mehr und mehr dem kommunistischen Druck. Gleichzeitig zeichnet sich eine engere politische und wirtschaftliche Verbindung Ungarns mit der Tschechoslowakei und Polen einerseits, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien andererseits zu einer *Föderation des „Mittleren Ostens“* unter russischer Führung ab.

In *Finnland*, wo eine Linksregierung Pekkala ans Ruder gekommen ist, dient die Säuberung der Armee, des Gerichtswesens, der Schulen usw. von Anhängern der Rechten, einschließlich der Altsozial-

demokraten, dem gleichen Zweck: vor die ganze Westgrenze der Sowjetunion einen breiten Gürtel von Staaten zu legen, die sich unter keinen Umständen in eine rußlandfeindliche Weltfront einspannen lassen. Daß die Sowjetunion gerade Finnland gegenüber Grund habe, auf einer klaren Kursänderung zu bestehen, geht auch aus einem Artikel hervor, den sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ zu veröffentlichen für gut befunden hat, und der einen eigentümlichen Begriff von der vielgepriesenen finnischen „Demokratie“ gibt. Es heißt darin:

„Der Geist des ‚Wir machen, was wir wollen‘ wurde in den dreißiger Jahren von der antikommunistischen Lappobewegung gepredigt, unter deren außerparlamentarischem Druck eine Aera der Ausnahme-gesetze damals schon ihren Anfang nahm. In ähnlicher Richtung wirkte der ‚Korpsgeist der Jäger‘ (Freiwillige in deutschen Diensten während des ersten Weltkrieges), des beherrschenden Elements im finnischen Offizierskorps, dessen Selbstherrlichkeit und souveräne Verachtung für die parlamentarische Demokratie zu jenem verhängnisvollen Dualismus zwischen militärischer und politischer Leitung in der Vorgeschichte des Krieges von 1941 führen mußte, wie er in den Prozeßverhandlungen (gegen die finnischen Kriegsverantwortlichen) klar zutage trat. Während des Krieges ging die Vergewaltigung der demokratischen Rechte zweifellos bedeutend weiter, als die Kriegführung und die Sicherheit des Staates erfordert hätten, sowohl in der Beschränkung des öffentlichen Wortes wie hinsichtlich der persönlichen Rechts-sicherheit und der Kontrolle der Staatsführung durch die Volksvertre-tung.“ „All das“, so bemerkt der Verfasser des Artikels richtig, wenn auch etwas sehr hintendrein, „hat man sich vor Augen zu halten, wenn man heute den Vorgang der innenpolitischen Radikalisierung in Finn-land richtig und gerecht beurteilen will.“ Hätte die finnische Sozial-demokratie in den letzten zwanzig Jahren andere Männer an ihrer Spitze gehabt als die Tanner und Konsorten, sie hätte heute nicht über die „Kommunisierung“ des Landes zu klagen!

Eine Beleuchtung der Vorgänge in *Mittel- und Ostasien* muß ich mir für das nächste Mal aufsparen. Es sei heute nur festgestellt, daß die Durchdringung auch dieser unendlichen Räume mit kommunisti-schem Geist und Einfluß so gut wie sicher ist, sofern nicht ein radikaler Sozialismus freiheitlichen Gepräges die im Gang befindliche nationale und soziale Revolution energisch an die Hand nimmt. Was es aber für die Zukunft der Demokratie hieße, wenn die asiatischen Völker-massen ihre Befreiung ebenfalls nur durch den Kommunismus gewin-nen könnten, das mag sich jeder selbst klarmachen.

Es scheint kein erfreulicher Ausblick, der sich hier vor unseren Augen auftut, und mancher mag fragen, ob das nun die Oster-verheißung sei, die vor der Menschheit aufleuchte, ja, ob all dies nicht viel eher neues Grabesdunkel für die Völker bedeute. Und dennoch dürfen wir sagen: Wir vernehmen auch in der kommunistischen Welt-

bewegung den Tritt Gottes in der Geschichte, nicht nur als Gericht, sondern auch als Rettung. Das letzte Wort wird der Kommunismus — in seiner heutigen Form — sicher nicht sein, wohl aber mag er ein Durchgang werden, hinter dem sich die Türe für eine auferstandene Menschheit auftun soll. Wir müssen nur weit genug sehen lernen.

2. April 1946.

Hugo Kramer.

Zur schweizerischen Rundschau

Der Weg ins Freie Das große Ereignis der Berichtszeit ist natürlich der Entschluß der *Sowjetunion*, die seit 27 Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz wieder aufzunehmen. Man hat das als einen großen Sieg der schweizerischen Staatskunst (über wen eigentlich?) gefeiert. Vielleicht spräche man besser von einem kleinen Sieg der Vernunft und der Demut über Eigenfinn und Selbstgerechtigkeit innerhalb des Bundesrats, der es endlich über sich gebracht hat, in Moskau offiziell wissen zu lassen, „daß er seine bisherige Haltung geändert hat, soweit sie gegenüber der Sowjetunion unfreundlich war“. Das ist aller Ehren wert. Aber es hilft uns doch nicht über die Einsicht weg, daß der entscheidende Grund für die Umstellung der russischen Politik gegenüber der Schweiz nicht das temperierte Schuldbekenntnis des Bundesrates ist, sondern der Wunsch der Moskauer Regierung, in der so weit nach Westen vorgeschobenen Schweiz einen unabhängigen Beobachtungsposten und legalen Stützpunkt für ihre europäische Politik zu bekommen. Das mag uns zum Bewußtsein bringen, daß wir durch die neue Verbindung mit der Sowjetunion ein weiteres Stück weit in die internationale Kampfzone hineingerückt sind, mit allen Gefahren, die sich daraus ergeben. Es zwingt uns aber auch erst recht, diesen Gefahren durch den Anschluß an das System *kollektiver Friedenswahrung* zu begegnen, das in der Organisation der Vereinten Nationen gegeben ist. Der Weg ins Freie, heraus aus der verhängnisvollen neutralistischen Isolierung, ist uns durch den wohl sichereren Verzicht Rußlands auf ein Veto gegen die Aufnahme der Schweiz in die Vereinten Nationen geöffnet, und wir haben allen Grund, ihn ebenso entschlossen zu beschreiten, wie das Schweden jetzt auch tut. Dies um so mehr, als Genf alle Aussicht hat, nicht nur wiederum Sitz der Internationalen Arbeitsorganisation, sondern auch einer Art europäischer Filiale der Vereinten Nationen selbst zu werden.

Hindernisse Daß ihre bisherige *Neutralitätspolitik* für die Schweiz kein Hindernis sein darf, sich vorbehaltlos den Vereinten Nationen anzuschließen, sofern sie dazu grundsätzlich bereit ist, ist neuerdings sehr deutlich in der kürzlich veröffentlichten Erklärung verschiedener uns nahestehender Vereinigungen ausgesprochen worden, die bezeichnenderweise von der Tagespresse, auch der sozialdemokratischen, fast ignoriert wurde; es gilt nun aber, der Erkenntnis, „daß dieses Bestreben, von der Solidarität der Völker zu profitieren, ohne für sie etwas zu wagen, dem eidgenössischen Sinn ins Gesicht schlägt und uns vor den anderen Völkern verächtlich macht“ — dieser Erkenntnis gilt es jetzt im Schweizervolk selbst zum Durchbruch zu verhelfen. Ueber die Schwere dieser Arbeit gibt sich unter uns angesichts des Götzendienstes, der mit der Neutralität getrieben wird, niemand einer Täuschung hin*. Die Rede, die Bundesrat Petit-

* Als Merkwürdigkeit und als Hinweis darauf, zu was allem sich die „Tiefenpsychologie“ gebrauchen läßt, sei auch hier ein kürzlich in der Presse erwähnter Ausspruch von C. G. Jung festgehalten: „Erfüllt die neutrale Schweiz mit ihrer rückständigen, erdhaften Art eine sinnvolle Funktion im europäischen System? Ich glaube, diese Frage bejahen zu müssen. Es gibt nämlich auf die politische oder